

Gmünd: Kampf an allen Fronten um das Spital

Ausnahmezustand im Waldviertler Bezirk – dort wird eine breite Phalanx gegen die im NÖ Gesundheitspakt geplante Schließung der Klinik gebildet.

Überall, wie auch am Fußballplatz, stellen sich die Menschen hinter die Forderung, dass das Spital in Gmünd bleiben muss.

In Gmünd am Bauernmarkt ließen sich viele Menschen mit der Forderung des Spitalserhalts fotografieren. Auch die Gemeindevorsteher der ÖVP fordern endlich Antworten.

Ein wahres Lauffeuer wütet derzeit im Waldviertler Bezirk Gmünd. Denn für den Erhalt ihres Krankenhauses ziehen die Menschen alle Register: Sei es am Fußballplatz, am Bauernmarkt in der Stadt, in den Geschäften, bei Festen oder anderen Veranstaltungen, privat oder öffentlich: Überall werden T-Shirts, Kapperl und Transparente angezogen oder aufgelegt, die ihre wesentliche Forderung bekunden. Führende Köpfe der Bürgerinitiative wie Kurt Karasek oder Tamara Schönsgibl sprechen indes von mehr als 29.000 Unterschriften, die für den Spitalerhalt gesammelt wurden.

Mit „#LKGMündbleibt“ wehren sich die Waldviertler gegen die Pläne des NÖ Gesundheitspaktes, die Klinik zu schließen und stattdessen einen Ersatzbau des privaten Investors Hermann Hofmeister an der Grenze zu goutieren. Denn dieser ist ohne auch nur ein einziges Patientenbett, das über Nacht belegt werden kann, geplant. Noch dazu will sich die Landesgesundheitsagentur (LGA), die die NÖ Spitäler betreibt, bis auf die dortige Einmietung und den Betrieb eines Notarztstützpunktes sowie der Pflegeheime, bei der medizinischen Versorgung aus dem Bezirk zurückziehen, was starke Sorgen und Ängste bereitet.

Auch politisch wird die Gangart rauer, denn die Stadt Gmünd prüft derzeit eine Klage, weil das Land bei der Übernahme des Spitals eine Standortgarantie abgegeben hat, die es mit den Plänen des Gesundheitspaktes nicht mehr einhalten wird, die „Krone“ berichtete. Jetzt lassen auch die ÖVP-Gemeindevorsteher aufhorchen: Denn an alle Mitglieder der Landesregierung wurde vom Bezirk Anfang April eine parteiübergreifende Resolution mit vielen Fragen geschickt. Antwort gab

es bis zum 5. Juni keine, woraufhin die Forderung nach einer Antwort nun verstrtkt öffentlich wiederholt wurde.

Erst jetzt antworteten die zuständigen Landesräte Ludwig Schleritzko und Christiane Teschl-Hofmeister (ÖVP), Christoph Luisser (FPÖ) und Eva Prischl (SP) in einem gemeinsamen Schreiben. Entgegen der Gmunder Meinung betonen die vier Landesräte in ihrem Antwortschreiben, dass „das Krankenhausgebude das Ende seiner Lebensdauer erreicht“ hätte. „Unser politischer Anspruch ist es stets vorausschauend die besten Lösungen mit den klügsten Köpfen in dieser Republik zu erarbeiten“, heißt es. Sie berufen sich abermals auf den einstimmigen N Regierungsbeschluss und den – bis auf die Grünen – fast einstimmigen Landtagsentscheid. „Der demografische Wandel und die Fortschritte in der Medizin erfordern neue innovative Versorgungskonzepte – genau das wird in Gmünd umgesetzt“, heißt es in der vierseitigen Antwort.

René Denk